

Zeitschrift: Schweizer Hotel-Revue = Revue suisse des hotels
Band: 25 (1916)
Heft: 13

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

No. 13
BASEL
25. März
1916

SCHWEIZER HOTEL-REVUE

REVUE SUISSE DES HOTELS

No. 13
BASEL
25 Mars
1916



Fünfundzwanzigster Jahrgang
Erscheint jeden Samstag
Organ und Eigentum des
Schweizer Hotelier-Vereins

Vingt-cinquième Année
Paraît tous les Samedis
Organe et Propriété de la
Société Suisse des Hôteliers

Die Vereinsmitglieder erhalten das Blatt gratis. Les Sociétaires reçoivent l'organe gratuitement.

Alleinige Inseraten-Annahme: **RUDOLF MOSSE**, Annoncen-Expedition, Zürich und Basel.
Alleinige Konzessionärin für den in- und ausländischen Propagandendienst des Schweizer Hotelier-Vereins.
INSERTIONSPREIS: Pro Pettizelle 30 Cts., Anzeigen ausl. Ursprungs 40 Cts., Reklamen Fr. 1.25, Reklamen ausl. Ursprungs Fr. 1.50.

Les annonces sont seules reçues par **RUDOLF MOSSE**, Agence de publicité, Zurich et Bâle.
Seule concessionnaire du service de publicité suisse et étranger de la Société Suisse des Hôteliers.
PRIX DES ANNONCES: La petite ligne 30 cts., annonces de l'étranger 40 cts.; réclames fr. 1.25, réclames de l'étranger fr. 1.50.

ABONNEMENT: SCHWEIZ: Jähr. Fr. 10.—, halbjähr. Fr. 6.—, vierteljähr. Fr. 3.50, 2 Monate Fr. 2.50, 1 Monat Fr. 1.25. AUSLAND (inkl. Portozuschlag): Jähr. Fr. 15.—, halbjähr. Fr. 8.50, vierteljähr. Fr. 4.50, 2 Monate Fr. 3.20, 1 Monat Fr. 1.60.

ABONNEMENTS: SUISSE: 12 mois fr. 10.—, 6 mois fr. 6.—, 3 mois fr. 3.50, 2 mois fr. 2.50, 1 mois fr. 1.25. ÉTRANGER (fr. de port compris): 12 mois fr. 15.—, 6 mois fr. 8.50, 3 mois fr. 4.50, 2 mois fr. 3.20, 1 mois fr. 1.60.

Postcheck- & Giro-Konto No. V, 85 o Redaktion und Expedition: St. Jakobstrasse No. 11, Basel. Verantwortlich für Redaktion und Herausgabe: E. Stigeler, Basel.

TELEPHONE No. 2406.

Rédaction et Administration: St. Jakobstrasse No. 11, Bâle. Druck: Schweizerische Verlags-Druckerei G. Böhm, Basel. Compte de chèques postaux No. V, 85 o

Aufnahms-Gesuche. Demandes d'Admission.

Familienliste
für die Jahresliste

Familie Arnold, Hotel zum schwarzen Löwen, Altdorf 35
Patron: HH. Felix Lombardi, Hotel Lombardi, Airolo, und Gottardo Lombardi, Hotel Monte Prosa, St. Gotthard.

Wenn innert 14 Tagen keine Einsprache erhoben wird, gilt obiges Aufnahmegesuch als genehmigt.

Si d'ici 15 jours il n'est pas fait d'opposition, la demande d'admission ci-dessus est acceptée.

Aktuelles vom Tage.

(Auslegung der Hotelnovelle. — Kriegssteuer und Reiseverkehr.)

So kurz die Lebensdauer der Hotelnovelle von 2. November 1915 noch ist, so liegen in diesen Tagen doch bereits amtliche Akten vor, die dem Hotelfachmann einigen Aufschluss gewähren über ihre Handhabung durch die Behörden. Der Bundesrat hatte im letzten Jahre über drei Baubewilligungsgesuche zu befinden, während das Bundesgericht in einem Prozessfall schon über die rechtliche Auslegung der Verordnung zu urteilen hatte.

Eines der Baubewilligungsgesuche wurde, da es erst kurz vor Jahresschluss einlangte, auf das laufende Jahr übertragen; einem andern Gesuche wurde ohne weiteres entsprochen, da es sich dabei um ein kleines Geschäft (12 Gastzimmer) handelte, dessen Bau vor Inkrafttreten der Verordnung bereits begonnen und das als christliches Heim für Leidende und Erholungsbedürftige keine Gefahr für die Interessen der Hotelindustrie darstellt. Auf das dritte Gesuch trat der Bundesrat dagegen nicht ein, weil in diesem Falle eine Baubewilligung der obersten Landesbehörde nicht erforderlich war, da es lediglich die Vergrößerung und Umgestaltung des Speisesaals betraf, also Arbeiten, die nicht unter Art. 27 der Verordnung fallen, der bauliche Erweiterungen bestehender Etablissements nur insoweit beschränkt, als sie eine Vermehrung der Bettenzahl bezwecken. Nach dem Wortlaut dieses Paragraphen sind also Umbauten, die die Bettenzahl nicht erhöhen, wie die Installation technischer und sanitärer Einrichtungen, Vergrößerung der öffentlichen Räume, Neuanlagen von Speisesälen, Restaurants etc., ohne Bewilligung des Bundesrates gestattet. Es ist nicht unnötig, auf diesen Umstand hinzuweisen, da in Hotelkreisen noch oft die Meinung vorherrscht, jede Erweiterung ihres Hauses, auch wenn sie an der Bettenzahl nicht das geringste ändert, sei der vorgängigen Bundesräthlichen Bewilligung unterworfen. Das ist nun tatsächlich nicht der Fall, da der hier zur Anwendung kommende Artikel nur von den «Erweiterungen» spricht, die «beihaltene Vermehrung der Bettenzahl» projektieren werden. Andere Umbauten und Erweiterungen aber, namentlich solche, die die Verbesserung der Innenausstattung, des technischen Betriebes usw. bezwecken, sind der vorherigen Genehmigung entbunden. Es wäre auch volkswirtschaftlich gedacht, unmöglich gewesen, Arbeiten zu verbieten, die letzten Endes nur auf

die Erhöhung der Hotelpreise abzielen und somit im Interesse der Hotelindustrie selbst liegen.

Der Entscheid des Bundesrates über dieses spezielle Gesuch ist auch insoweit interessant, als er in seiner Antwort an die kantonale Regierung dieser eine Wegleitung über die Behandlung der Baubewilligungsgesuche erteilt. Die Kantonsregierung hatte das Gesuch und die Pläne lediglich mit einem empfehlenden Vermerk versehen, weshalb ihr die Oberbehörde den Art. 28 der Verordnung in Erinnerung rief, welcher der kantonalen Instanz zur Pflicht macht, die ihr unterbreiteten Gesuche zu prüfen und sachlich zu begutachten. «Es genügt nicht», so schreibt der Bundesrat, «ein Gesuch bloss mit einer empfehlenden Bemerkung weiterzuleiten, sondern die Kantonsregierung soll zunächst den Tatbestand feststellen, also prüfen, ob es sich um eine der in Art. 27, Abs. 1, erwähnten Bauten handelt, ob ein Bedürfnis glaubhaft gemacht und der Finanzausweis geleistet ist; auf Grund dieses Befundes soll sie ihren Antrag auf Erteilung oder Ablehnung der Bewilligung stellen.» — Danach ist also der Bundesrat mit einer oberflächlichen und dilettantischen Behandlung der Gesuche nicht einverstanden; er verlangt vielmehr eine objektive Prüfung des Tatbestandes durch die regionalen Amtsstellen, die naturgemäss eher in der Lage sind, die Angaben des Gesuchstellers zu kontrollieren als die Departementalbeamten in Bern. — Die Hotelierie kann sich mit diesem Vorgehen nur einverstanden erklären; es muss ihr viel daran liegen, dass die Baugesuche von Leuten geprüft werden, denen die örtlichen Verhältnisse, Entwicklungstendenzen, allfällige Verkehrsprojekte, die auf einen zu gewärtigen Aufschwung hindeuten, bekannt sind. Sie darf aber auch erwarten, dass die Gesuche von den kantonalen Instanzen mit jener Gründlichkeit und Sachlichkeit erwohrt werden, die der Bedeutung der ganzen Frage entspricht. Stehen dabei doch in der Regel wichtige Interessen des gesamten Berufsstandes auf dem Spiele.

Handelte es sich bei dem Entscheid des Bundesrates lediglich um eine administrative Verfügung, so liegt die Sachlage wesentlich anders bei dem Rekursfall, der das Bundesgericht beschäftigte. Hier haben wir es mit dem ersten Fall juristischen Auslegung der Hotelnovelle zu tun. Ein Hotelier in Zürich hatte bei der kantonalen Instanz ein Stundungsgesuch eingereicht für drei Schuldbeiträge, von denen zwei am 31. Dezember 1914 fällig geworden, während sich die Parteien über den Fälligkeitstermin des dritten, höchsten Postens in Meinungsverschiedenheit befanden. Nach dem Wortlaut des Schuldbriefes hätte dieser Posten bereits am 1. Juli 1913 abbezahlt werden sollen, war aber durch gültige Vereinbarung um zwei Jahre gestundet worden. Trotzdem beantragte der Gläubiger Abweisung des Stundungsgesuches des Hoteliers, indem er behauptete, sein Schuldner hätte den Kapitalbetrag lange vor dem Kriege unterbringen können, wenn er sich dafür umgesehen hätte. Das zürcherische Obergericht schloss sich dieser Ansicht an und wies das Stundungsgesuch, ohne in eine mündliche Verhandlung einzutreten, mit der Begründung ab: der Gesuchsteller habe es seiner eigenen Sorglosigkeit zuschreiben, wenn seine Lage sich durch die Kriegsfolgen verschlechtert habe, da er es versäumt habe, vor dem Kriege

sich um die Mittel für die Abzahlung des in Frage stehenden Postens zu bemühen; lediglich dieses Versäumnis bringe ihn nun in erste Verlegenheit.

Mit diesem Entscheid wollte sich der Hotelier nicht zufrieden geben; er erhob dagegen Beschwerde vor Bundesgericht und erzielte damit einen eklatanten Erfolg, indem das Urteil der Vorinstanz sowohl in formeller wie in materieller Beziehung umgestossen wurde. In formeller Hinsicht stellte das Bundesgericht zunächst fest, die kantonale Stundungsbehörde habe sich einen Verstoß gegen Art. 22 der Verordnung zuzuschulden kommen lassen, weil sie eine mündliche Parteiverhandlung nicht vornahm. Der Gesuchsteller sei aber berechtigt, über alle vom Gläubiger seinem Gesuch entgegengegesetzten Einwände sich mündlich vernehmen zu lassen, wie von der Vernehmlassung des Prozessgegners (Impetraten) und dem Resultat der Untersuchung vor der Hauptverhandlung Kenntnis zu nehmen. Dem Rekurrenten sei daher durch die kantonale Instanz das ihm von der Verordnung gewährleistete rechtliche Gehör verweigert worden und es sei die Sache an die Vorinstanz zurückzuweisen, damit sie eine richtige Untersuchung und spätere mündliche Verhandlung anordne.

Allein auch materiell kann das Bundesgericht der Auffassung der kantonalen Stundungsbehörde nicht beitreten. Eine gründliche Untersuchung des Tatbestandes ist nämlich auch dann nicht überflüssig, wenn die Unbegründetheit des Stundungsgesuches sich aus den Angaben des Gesuchstellers zum vordringlichen ergeben würde, wie die kantonale Instanz im vorliegenden Fall anzunehmen scheint. Denn wenn diese ausführe, dass die Teilforderung für die nach ihrer Ansicht allein eine Zahlungsmöglichkeit vorliege, schon vor 1914 fällig gewesen, und daher gemäss Art. 4 der Verordnung von einer Stundung ohne weiteres ausgeschlossen sei, so behrte dies auf einer irrtümlichen Auslegung dieser Vorschrift. Wenn, wie der Rekurrent behauptete, die im Jahre 1913 eingetretene Fälligkeit durch Parteiverabredung, unter Erhöhung des Zinsfusses von 4% auf 4½%, um zwei Jahre hinausgeschoben worden sei, so handelte es sich dabei nicht um eine einseitige, vom Gläubiger erteilte Stundung, sondern um eine Prolongation der Schuld, durch welche der ursprünglich vorgesehene Fälligkeitstermin annulliert und weiter hinausgeschoben wurde, sodass der Rekurrent so wenig Anlass hatte, für diese Summe vor dem neuen Fälligkeitstermin sich um die Mittel zur Abzahlung umzusehen, wie wenn von Anfang an die Fälligkeit auf das Jahr 1915 vereinbart worden wäre. Daher liege kein Grund vor, eine solche Forderung auf Kapitalrückzahlung von der Vergünstigung der Art. 1 und 4 der Verordnung auszuschliessen.

Soweit der Entscheid des Bundesgerichts, der, wie wir sehen, dem Rekursbegehren des Stundung nachsuchenden Hoteliers in allen Teilen gerecht wird. Das Urteil ist namentlich für jene Schuldner von eminenter Tragweite, denen gewisse vor dem Kriege fällige Verbindlichkeiten durch private Vereinbarung auf spätere Termine gestundet, d. h. prolongiert wurden.

Legen die vorstehend behandelten Erlasse und Entscheide unserer obersten administrativen und gerichtlichen Behörden bereitet

Zugnis davon ab, dass sich die Interessen der Hotelierie bei ihnen in treuer Obhut befinden, so scheint dagegen den kantonalen Amtsstellen das Wohl unseres Gewerbes manchmal etwas weniger am Herzen zu liegen. Wir gelangen zu dieser Schlussfolgerung durch die Lektüre eines französischen Blattes, in dem sich ein Korrespondent über die Härte der eidgen. Kriegssteuer ausspricht und namentlich deren Ausdehnung auf die fremden Hotelgäste aufs allerhöchste geistelt. Steuerpflichtig sind nach dem Bundesbeschluss über die Kriegssteuer Personen, die im Gebiet der Eidgenossenschaft ihren Wohnsitz haben, ferner im Ausland wohnende Eigentümer von schweizerischen Grundstücken, Teilhaber und Kommanditäre von schweizerischen geschäftlichen Betrieben; aber nirgends besteht eine Vorschrift, dass Personen, die zur Kur, zur Erholung etc. in unserm Lande absteigen, zur Kriegssteuer herangezogen werden sollen. Man kann es zwar verständlich finden, wenn Hotelgäste, die sich jahrelang ständig bei uns aufhalten, ihr Ménage im Hotel aufschlagen, oft auch nur die Schweiz zu längerem Aufenthalt besuchen, weil hier das Leben billiger ist und sie sich zugleich dem Steuerzwang im eigenen Vaterland entziehen können, zur Entrichtung der Kriegssteuer angehalten werden, als Entgelt für die Begünstigung, die Ruhe und Geborgenheit, die sie zufolge unserer Neutralität geniessen. Und es ist gewiss nur recht und billig, wenn sie auch die Lasten dieser Neutralität mittragen helfen, die sie vor allen Unzulänglichkeiten des Krieges bewahrt. Nun soll aber in Lausanne, wie das französische Blatt behauptet, die Kriegssteuer auch von Hotelgästen erhoben worden sein, die sich selbst nur einige Wochen aufhielten. Es sei sogar vorgekommen, dass man sich weigerte, den Fremden ihre Reisepässe zurückzugeben, wenn sie nicht vorher ihren Steuerbetrag erlegten.

Wir wissen natürlich nicht, ob sich die Dinge wirklich so verhalten, wie in dem Artikel ausgeführt wird; es ist sehr wohl möglich, dass damit in erster Linie gegen die Schweiz Stimmung gemacht werden sollte, denn es heisst in der Zusage: «Avis aux étrangers qui viendront faire une saison d'été. A Lausanne et à Souchez (Ouchy?) on leur saisira leurs malles et on leur refusera leurs passeports s'ils ne versent pas avant leur départ de 2 à 3% du total annuel de leur dépenses estivales en Suisse.» Möglicherweise ist also die Reklamation nur vom niedersten Brotniveau diktiert! Sollte sich aber der Bezug der Kriegssteuer in Lausanne wirklich selbst auf die Fremden erstrecken, die nur für wenige Wochen oder Monate in den dortigen Hotels absteigen, so wäre ein solches Vorgehen allerdings geeignet, in Hotelierkreisen Aufsehen zu erregen. Denn diese könnten einer solchen Plackerei ihrer Gäste auf die Dauer nicht ruhig zusehen, sondern müssten Mittel und Wege erörtern, um der vexatorischen Behandlung ihrer Clientele zu wehren. Aber auch hinsichtlich jener Fremden, die längere Zeit in unserm Lande zubringen und somit als Niedergelassene zu betrachten sind, darf erwartet werden, dass die Steuerveranlagung mit möglicher Zuverlässigkeit und Rücksichtnahme bewerkstelligt wird, ist doch der Zustrom fremder Gäste nachgerade so gering, dass er keine weiteren Erschwerungen mehr zu ertragen vermag, wenn man die Hotelierie nicht völlig ruinieren will.

Conservenfabrik **Seethal** in Seon (Aargau)

Confitüren, Gemüse- und Früchteconserven, Syrupe

Der Verwaltungsrat der A.-G. Hotel Monopol & Métropole in Luzern fühlt sich verpflichtet, auch seinerseits allen seinen Freunden und Bekannten für die zahlreichen Beweise wohlwollender und inuiger Teilnahme beim Ableben seines leider allzu früh dahingegangenen Direktors

Herrn Jean Hobi

den tiefgefühlten Dank auszusprechen. Der liebe Verstorbene hat uns durch seine hervorragende Geschäftstüchtigkeit und sein stets loyales, liebenswürdiges Benehmen, gemeinsam mit seiner ebenso pflichtgetreuen Gattin, vorzügliche Dienste geleistet, die wir dankbar anerkennen. Wir werden Herrn Hobi stets ein treues Andenken bewahren.

A.-G. Hotel Monopol & Métropole Luzern
 Der Präsident des Verwaltungsrates:
Walter Doepfner.

Luzern, den 17. März 1916. Mg. (164)

Hotel-Direktion gesucht.

Deutschschweizer, 33 Jahre alt, seit 8 Jahren Besitzer eines erstklassigen Riviera-Hotels, früher Direktor-Chef de réception erster Häuser, durchaus fach- und sprachkundig, dem eine ebenfalls tüchtige Ehefrau zur Seite steht, wünscht Engagement für die Sommeraison. Beste Referenzen. Geht. Offerten unter Chiffre Z. C. 1278 an die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Zürich, Limmatquai 34. (164)

Confiserie- u. Biscuitfabrik J. Arni, Lyss

empfeilt Hotels, Restaurants u. Buffets ihr grosses Assortiment in den feinsten **BISCUITS** Spezialität „HOTELMISCHUNG“ Probierbüchsen à 4 Kilos, per Kilo Fr. 3.— (167)
 Feinster Kunst-Tafelhonig in Kesseln von 30 Kgr. zu Fr. 1.20 per Kilo.

Hotel-Restaurant

im **Toggenburg**, direkt beim Bahnhof, altbekannter Platz mit Gartenwirtschaft, ist sehr günstig zu verkaufen, ev. auch zu vermieten an solventen Pächter. Nähere Auskunft kostenlos durch (162) Th. Zollikofer & Cie., St. Gallen Bureau für Liegenschaftsverkehr.

Zur Führung eines grösseren Restaurants mit Hotelbetrieb in Karlsruhe wird für sofort tüchtiger (161) Pächter oder Geschäftsführer dessen Frau mittätig sein muss **gesucht.** Offerten unter F. K. 4144 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

Nickel-Geschirre

neu, gebraucht, zerbrochen, mit Stempel „Rein-Nickel“, sowie Nickel-Anoden, Würfel, Biscuits, Drähte, Abfälle, kaufe jedes Quantum. Detaillierte Offerten mit Kilopreis und Gewicht an F. A. Elshorn, Ing., Zürich. (167)

Tüchtiger, sprachkundiger, sehr reichlich erfahrener **Hotelsekretär** sucht gestützt auf prima Zeugnisse als **Secrétaire de réception** im In- oder Auslande. — Offerten unter Chiffre Z. F. M. 349 an die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Zürich, Limmatquai 34. (170)

Frei ab 1. Mai
Ungarische Kapelle
 I. Ranges
 Besetzung: 4 Herren: I. und II. Violine, Czimbal und Bass. Seit Dezember 1915 mit grossem Erfolg in Zürich, Café de la Paix. Geht. Offerten erbeten an Kapelle Olah, Frankengasse 4 II, Zürich I. (173)

Nachtmisch-Einlagen

aus imprägn. Holz, geg. Geruch. Stück — 40. In Drog. u. Haushalt-Gesch. Von jeder Hausfrau gelobt. (158)

Bureau Helvetia, Zürich

Schwingerstr. 7. Tel. 2270 (Inhaber Friedrich Schenke) empfiehlt und sucht stets tüchtigen Hotel- und Restaurationspersonal jeder Branche. (145)

Hôtel meublé

à louer, Hante Savoie, 1000 m. altitude pour pension ou nombreuse famille. Occasion. S'adr. Benzon, notaire à Nyon (Lac de Genève). (125)

Prima Luftgetrocknete Rohschinken

stets vorrätig bei **Th. Domenig A. G. Chur.** (112)

Erfahrener, tüchtiger Kurarzt

sucht Engagement für die Sommermonate. — Offerten unter Chiffre Z. G. 438 an Rud. Mosse, St. Gallen. (153)

Veltliner.

Montagner Fr. 1.10 bis 1.30
 feine Flaschenweine „1.50“, 2.50
 lieferbar in Fässern und Flaschen, empfiehlt in garantiert reellen Qualitäten.
M. Christoffel, Chur. (168)

Zürcher & Zollikofer

toile étamine
Rideaux
 guipure tulle (164)
ST-GALL.

Das Hotel du Chalet

(150 Betten) in **Morgins-les-Bains** (Wallis — 1400 m.) ist zu vermieten auf Mai 1916, samt Mobilier, Wäsche, Porzellan, Silberzeug, Kücheneinrichtung u. s. w. Zwecks genauer Auskunft wende man sich an den Besitzer in Morgins (Wallis). (165)

Hotel- & Restaurant-Buchführung

Amerikanisches System Frisch. Lehre amerikanische Buchführung nach meinem bewährten System durch Unterrichtsblätter, Hunderte von Anrechnungsscheinen. Garantie für den Erfolg. Verlangen Sie Gratisprospekt. Prima Referenzen. Hechte auch selbst in Hotels und Restaurants Buchführung ein. Ordre verpackte Bücher. Gehe auch nach auswärts.
 Alle Geschäftsbücher für Hotels auf Lager.
H. Frisch, Zürich I
 Bücherexperte (154)

Rein-Nickelgeschirr

(gestempelt) kaufen
E. Pfister & Cie.,
 Metallgiesserei (166)
 Teleph. 6353 Zürich 4 Teleph. 6253

Direktor

Schweizer, sprachkundiger, routinierter Fachmann, sucht geübt auf erste Referenzen, mit kundiger Geschäftsfrau **Leitung eines Hotels** in der Schweiz oder auch im Ausland. Offerten unter Chiffre Z. J. 1134 an die Ann.-Exp. Rudolf Mosse, Zürich. Mg. (157)

Köchin

mit ca. Fr. 2000 Barmitteln kann sich an gutgehender, feiner Herrenpension in Zürich aktiv beteiligen. Ev. dauerndes, angenehmes Heim. Einlage wird sichergestellt. Offerten unter Z. M. 1137 an Rudolf Mosse, Zürich. (165)

MONTREUX

A remettre présentement

L'Hôtel de Londres

situé entre la gare et le débarcadère. 40 chambres. S'adresser: London House, Montreux. (151) Mg.

Société Suisse de Distributeurs automatiques de papiers à VEVEY.
 Conditions avantageuses pour fournitures de boîtes et de papier pour water-closets. Papier de toute qualité, très solide et de grand format. Par l'emploi de ces appareils, on évite le gaspillage et l'humidité du papier, lequel on conserve toute sa propreté. (155)
 Paquets hygiéniques de 50 Serviettes, recommandées aux militaires, touristes, etc. Rouleaux divers. La plus ancienne maison pour ces fournitures en Suisse.

Hotelbuchführung

Abschlüsse, Nachtragungen, Neueinrichtung, Inventuren, Ordnen vernachlässigter Buchhaltungen, Revisionen, besorgen gewissenhaft
Albertine Bär & Emil Hohmann
 (437) Bücherexperten
 Telephon 6392 Zürich II Steinhaldenstr. 62
 Kommen auswärts. Sämtliche Bücher vorrätig.

Man spart

Kosten, Zeit u. Arbeit durch Benutzung unserer Annoncen-Expedition, selbst wenn es sich nur um eine Gelegenheits-Anzeige, ein Gesuch oder ein Angebot handelt, das in einer oder mehreren Zeitungen veröffentlicht werden soll.
Annoncen-Expedition Rudolf Mosse
 Zürich Limmatquai 34
 Basel Asschenstrasse 59
 Telephon Nr. 868 Telephon Nr. 584

Directrice-Gérante

durchaus tüchtig, energisch, selbständig und sprachkundig, wünscht gleiche Stelle in Hotel und Pension oder Klinik, eventuell als **Secrétairin-Gouvernante**. Prima Referenzen. (172)
 Geht. Offerten unter Chiffre Z. A. 1426 an die Annoncen-Exp. Rudolf Mosse, Zürich, Limmatquai 34.

NEUCHÂTEL CHÂTENAY
 Fondé 1796
 HORS CONCOURS — MEMBRE DU JURY
 Berne 1914

Mäusetot

ist das sicher radikal wirkende Mittel gegen **Mäuse und Ratten.**
 Präpariert zu beziehen in Quantitäten von:
 1 Ration Fr. 3.50; 2 Rationen Fr. 6.—; 3 Rationen Fr. 9.50.
 Versende Radikalmittel gegen Wanzen, Schwabkäufer etc. Selbstausführungen übernehme zu bescheidenen Preisen. Referenzen stehen zu Diensten. (148)
J. Bürgisser, Desinfektion, Küssnacht b. Zürich. Telephon No. 192

Demme & Krebs, Bern

Gegründet 1864 **Export** Telephon No. 1887
Spezialitäten: Kirschwasser, Enzian, Reckholder, Trusen, Zwetschgenwasser, Magenbitter, Heidelbeerbranntwein, süsse Liqueurs, div. Sirops etc.
Direkt. Import v. Cognac, Rhum, Arac, Whisky, Turiner-Wermuth, Malaga, Madère, Sherry, Portwein, Sherry-Brandy, Chartreuse, Bénédictine etc.
CHAMPAGNER-WEINE
 Goldene Medaillen und Diplome.
 Zürich, Melbourne, Paris, Bern, Genf etc. (248)

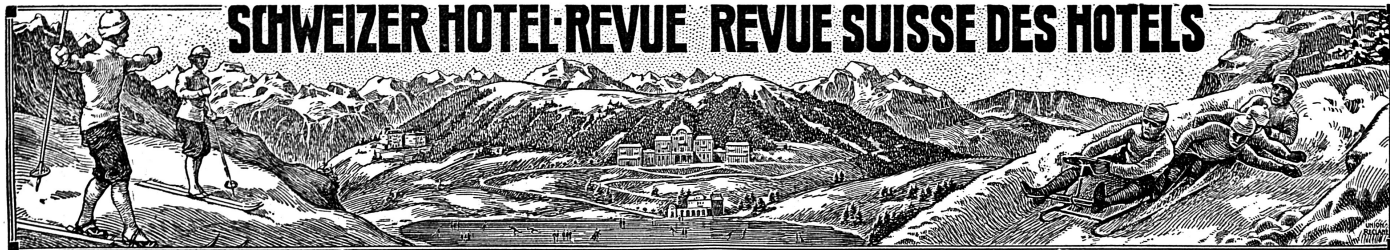
Dr. Krayenbühls' Nervenheilanstalt „Friedheim“
 Zihlschlacht (Schweiz), Eisenbahnstation Amriswil, für **Nerven- u. Gemütskranke, Entwöhnungskuren** (Alkohol, Morphium, Kokaïn usw.) * Gegründet 1891. * Sorgfältige Pflege. Hausarzt: **Dr. Wannier.** Mg. (Zk 2452 g) Chefarzt: **Dr. Krayenbühl.**

Internationales Institut für das Hotelbildungswesen in Düsseldorf
 Dauer des Studiums: 4 Semester
 Neuaufnahme der Studierenden: Mitte April.
 Auch Frauen sind zum Studium berechtigt.
 Vorlesungsverzeichnisse durch das **Säch. Schulamt**.
 Der **Oberbürgermeister**. (168)

Engadiner **IVA Liqueure**
Erste und älteste Schweizer Marke
 Prospekte, Muster und Bar-Rezepte gratis auf Verlangen
Iva General-Agentur
 Erlachstr. 5 BERN Erlachstr. 5 (163)

Saurer

 (81)



SCHWEIZER HOTEL-REVUE REVUE SUISSE DES HOTELS

Actualités.

(Interprétation de l'ordonnance relative aux hôtels. Impôt de guerre et mouvement des étrangers.)

Quoique de date toute récente puisqu'elle est du 2 Novembre 1915, cette ordonnance a déjà donné lieu ces jours à des actes officiels qui fournissent des renseignements certains indécis sur la manière dont les autorités entendent l'appliquer. Le Conseil fédéral a eu, l'an dernier, à statuer sur trois requêtes en autorisation de bâtir et le Tribunal fédéral a eu déjà, dans un procès, à se prononcer sur l'interprétation juridique de la dite ordonnance.

Étant parvenue juste à la fin de l'année, une des requêtes en autorisation de bâtir a été renvoyée à l'année courante. Quant à l'une des deux autres requêtes, il lui a été fait droit sans difficultés, car il ne s'agissait que d'une petite construction (12 chambres de voyageurs) dont les travaux avaient été commencés déjà avant l'entrée en vigueur du décret fédéral et qui, en sa qualité de homme chrétien pour malades et convalescents, ne constitue aucun danger pour les intérêts de l'industrie hôtelière. Quant à la troisième pétition le Conseil fédéral l'a repoussée parce que, pour ce cas-là, il n'était pas nécessaire que l'autorité suprême du pays se prononçât, attendu qu'il s'agissait uniquement de l'agrandissement et de la transformation d'une salle à manger, c'est-à-dire de travaux qui ne tombent pas sous l'article 27 de l'arrêté. Cet article 27 ne limite en effet les agrandissements d'établissements existants qu'autant qu'ils visent à une augmentation du nombre des lits. A teneur de ce paragraphe l'assentiment du Conseil fédéral n'est donc pas indispensable pour les travaux de transformation qui ne tendent pas à accroître le chiffre des lits, par conséquent pas pour l'installation d'aménagements techniques et sanitaires, agrandissements de locaux publics, reconstruction de salles à manger, de restaurants, etc. Il n'est pas inutile d'insister sur ce point car les cercles hôteliers ont encore dans l'idée que toute extension de leurs maisons, même si cette extension ne change absolument rien au total des lits, doit être soumise à l'approbation préalable des pouvoirs fédéraux. Or tel n'est pas le cas, vu que l'article applicable ici ne parle que d'agrandissements projetés en vue d'une augmentation de l'effectif des lits. Quant aux autres changements et extensions, surtout ceux qui ont pour but l'amélioration de l'installation, de l'exploitation technique, etc., ils sont exemptés de l'autorisation préalable. Il eût été, effectivement, illogique, au point de vue de la prospérité générale, d'interdire des travaux qui en fin de compte tendent à élever les prix d'hôtels et favorisent par conséquent les intérêts de l'industrie hôtelière.

La décision du Conseil fédéral au sujet de cette requête est également intéressante en ce sens que dans sa réponse au Gouvernement cantonal le Conseil fédéral a confié au dit Gouvernement le soin de traiter à l'avenir ces affaires de demandes en autorisation de bâtir. Le Gouvernement cantonal avait seulement muni la requête et les plans d'une note de recommandation et c'est pourquoi l'autorité suprême lui a rappelé l'article 28 de l'ordonnance qui fait à l'instance cantonale un devoir d'examiner les demandes qui lui sont soumises et de préavis à leur sujet. «Il ne suffit pas, écrit le Conseil fédéral, d'acheminer un placet simplement avec une recommandation; le Gouvernement cantonal doit tout d'abord établir l'état de fait et par conséquent examiner s'il s'agit d'une des constructions prévues à l'article 27, alinéa 1; il doit examiner si une nécessité de bâtir est, en l'espèce, chose croyable et si la justification financière est fournie et c'est seulement alors que sur la base de ces circonstances établies le Gouvernement cantonal devra présenter sa proposition concluant à l'octroi ou au refus de l'autorisation.» — Le Conseil fédéral n'admet donc pas, d'après cela, que ces requêtes soient traitées superficiellement et en dilettantisme. Il exige au contraire un examen objectif de l'état de fait par les administrations régionales qui, naturellement, sont beaucoup mieux placées que les fonctionnaires des Départements à Berne pour contrôler les dires des requérants. L'hôtellerie ne peut que se déclarer d'accord avec ce procédé. Il doit lui importer beaucoup que les demandes de bâtir soient examinées par des gens connaissant les conditions locales, les tendances et les projets de développement susceptibles d'assurer un plus grand essor à la localité intéressée. Mais elle est aussi en droit d'espérer que ces requêtes soient pesées par les administrations cantonales avec le

sérieux et la conscience que comporte la question entière. En pareil cas, des intérêts importants de toute la corporation se trouvent généralement en jeu.

Si, dans la décision du Conseil fédéral, il s'agissait simplement d'une ordonnance administrative, l'affaire se présente tout différemment dans le recours qui a occupé le Tribunal fédéral. Ici nous avons à faire avec le premier cas d'interprétation juridique du mandement relatif aux hôtels. Un hôtelier de Zurich avait demandé à l'autorité cantonale le sursis pour trois dettes dont deux échues le 31 Décembre 1914, la troisième, la plus forte, faisant entre les parties l'objet d'une divergence de vues quant à la date de son échéance. D'après le texte de la créance cette dette aurait dû être réglée déjà le 1^{er} Juillet 1913, mais elle avait, en suite d'arrangement amiable, été renvoyée à deux ans. Le créancier concluait néanmoins au rejet de la demande de sursis présentée par l'hôtelier en prétendant que son débiteur aurait pu, s'il s'en était occupé, réunir le capital bien avant la guerre. Le Tribunal suprême de Zurich s'est rangé à cet avis et sans passer par un débat verbal a rejeté la demande de sursis par les motifs suivants: «Le requérant doit s'en prendre à sa propre négligence si sa situation s'est aggravée du fait des conséquences de la guerre, car il a négligé de chercher avant la guerre les moyens d'amortir la créance en question. C'est cette négligence seule qui le met aujourd'hui en sérieux embarras.»

L'hôtelier s'est estimé non satisfait de cet arrêt. Il a recouru au Tribunal fédéral et il y a remporté un succès éclatant: le jugement de l'instance précédente a été cassé, tant au fond qu'à la forme. A la forme le Tribunal fédéral a tout d'abord relevé que l'autorité cantonale concordataire avait méconnu l'article 22 de l'ordonnance en n'ordonnant pas un débat verbal entre les parties. Le recourant a le droit de se faire entendre verbalement sur toutes les exceptions opposées par le créancier à sa demande ainsi que de prendre connaissance avant l'audience principale des déclarations de la partie adverse et du résultat de l'enquête. La faculté d'être entendu, faculté qui est inscrite dans la loi, a donc été refusée au recourant. L'affaire doit être renvoyée au juge précédent pour qu'il ordonne une enquête exacte et que l'affaire soit ensuite traitée en audience par délibération verbale. Mais même au point de vue du fond le Tribunal fédéral ne peut pas se ranger à la manière de voir de l'autorité concordataire cantonale. Une enquête minutieuse sur l'état de fait n'est effectivement pas superflue même si le non-fondé de la requête en sursis résultait d'emblée des dires du requérant, comme l'instance cantonale semble dans le présent cas vouloir le prétendre. Car si celle-ci expose que la créance pour laquelle, à son avis, il y a seulement impossibilité de payer était échue déjà avant 1914 et que par conséquent, selon l'article 4 de l'ordonnance, elle est exclue, sans autre, du bénéfice du sursis, cette manière de voir repose sur une interprétation erronée de l'arrêté. Si, comme le recourant le prétend, l'échéance tombant en 1913 a été, par convention prise entre les parties et moyennant élévation du taux de 4% à 4½%, repoussée de deux années, il ne s'agissait pas là d'un sursis unilatéral, accordé par le créancier, mais d'une prolongation de la dette qui annulait l'échéance stipulée à l'origine et qui laissait celle-ci durer davantage, en sorte que le recourant n'aurait pas lieu de se mettre, avant la nouvelle échéance, en quête de fonds d'amortissement, cela comme si dès le début l'échéance avait été convenue pour 1915. Il n'y a donc pas de motif d'exclure cette demande en réclamation de capital du bénéfice des articles 1^{er} et 4 de l'ordonnance. Tel est l'arrêt du Tribunal fédéral qui, comme nous le voyons, fait droit sur toute la ligne au recourant de l'hôtelier demandant le sursis. Ce jugement est d'une portée considérable pour les débiteurs dont certains engagements pris avant la guerre ont été par arrangement privés différés à des échéances ultérieures, c'est-à-dire ont été prolongés.

Si les décrets et jugements ci-dessus de nos plus hautes autorités administratives et judiciaires témoignent que les intérêts de l'hôtellerie sont bien gardés en leurs mains ces intérêts semblent par contre souvent tenir un peu moins à cœur aux bureaux cantonaux. Nous sommes arrivés à cette conclusion par la lecture d'un journal français dans lequel un correspondant se plaint très vivement de la dureté de l'impôt fédéral de guerre et surtout de son extension aux étrangers établis dans les hôtels. Seront, d'après l'arrêté fédéral relatif à l'impôt

de guerre, astreintes à payer cet impôt les personnes qui ont domicile sur le territoire de la Confédération, plus celles qui domiciliées à l'étranger sont propriétaires d'immeubles en Suisse et aussi les associés et les commanditaires d'exploitations commerciales ou industrielles situées en Suisse, mais il n'existe nulle part une prescription disant que des personnes venues dans notre pays pour une cure ou pour convalescence devront être soumises à l'impôt de guerre. On peut estimer compréhensible, il est vrai, que des personnes logeant à l'hôtel d'une façon constante pendant des années, ayant leur ménage à l'hôtel, ne séjournant longtemps en Suisse que, parce que la vie y est meilleur marché et qu'elles se soustraient ainsi du même coup à l'obligation de l'impôt dans leur propre patrie, soient tenues de payer l'impôt de guerre comme corespectif des avantages, de la tranquillité et de l'abri dont elles jouissent ici en vertu de notre neutralité. Et ce n'est certainement que justice qu'elles s'aident à porter les charges de cette neutralité qui les garantit contre tous les désagréments de la guerre. Mais au dire du journal français en question les étrangers qui ont séjourné dans les hôtels de Lausanne, même seulement quelques semaines, ont, eux aussi, à payer l'impôt de guerre. Il serait même arriver qu'on aurait refusé de rendre à ces étrangers leurs passeports s'ils n'acquittaient pas préalablement leurs bordereaux de contribution.

Nous ignorons naturellement si les choses se passent réellement comme elles sont exposées dans cet article. Il est très possible qu'on ait cherché avant tout à créer ainsi une certaine mauvaise humeur contre la Suisse, car il est dit plus loin: «Avis aux étrangers qui viendront faire une saison d'été. A Lausanne et à Ouchy on leur saisira leurs malles et on leur refusera leurs passeports s'ils ne versent pas avant leur départ de 2 à 3% du total annuel de leurs dépenses estivales en Suisse.» Il est donc possible que cette réclamation ne soit dictée que par la plus basse envie, mais si vraiment la perception de l'impôt de guerre à Lausanne devait s'étendre aux étrangers descendus dans les hôtels de cette ville seulement pour quelques semaines ou quelques mois pareille façon d'agir serait certainement de nature à provoquer de l'irritation dans les cercles hôteliers. Ceux-ci à la longue ne pourraient pas en effet regarder tranquillement une telle vexation de leurs hôtes et ils seraient obligés d'aviser aux voies et moyens nécessaires pour protéger leur clientèle contre cette exaction. Mais même vis-à-vis des étrangers qui résident depuis longtemps dans notre pays et qui, conséquemment, peuvent être considérés comme des personnes établies, on est en droit d'espérer que l'exigence de l'impôt sera pratiquée avec le plus d'égards et de prévenance possible, car l'afflux des hôtes étrangers est si faible qu'il ne saurait plus supporter de nouveaux embarras si l'on ne veut pas ruiner complètement l'hôtellerie.

Les réponses à quelques „Pourquoi“.

J'ai constaté avec plaisir que quelques membres de notre corporation s'étaient ralliés à mes Pourquoi sans les trouver trop exagérés. J'ai constaté aussi que toutes les réponses convergent à peu près sur le même point qui est en effet le point de départ de tout: là où il faut apporter les premiers remèdes, c'est aux apprentissages.

Mais il importe surtout de bien sonder le mal. Il faut aussi que les intéressés se pénètrent bien de l'idée que l'hôtellerie suisse passe par une phase unique à laquelle il convient de prêter toute son attention; notre corporation doit rassembler toutes ses forces.

Elle aura, en effet, à combattre plus que jamais, car la concurrence étrangère fait de grands efforts, secondés par les gouvernements qui en comprennent tout l'intérêt. Il faudrait surtout qu'elle n'oublie pas que la partie culinaire est une des plus importantes questions et qu'elle a été trop négligée depuis bien des années, même par les plus intéressés.

On s'est habitué à considérer la cuisine et les cuisiniers plutôt comme des bœufs émissaires. Il est devenu de bon ton de mettre tous les délits sur leur dos. Si une maison ne réussit pas à faire ses affaires, c'est généralement la faute de la cuisine. Il y a aussi un Pourquoi très intéressant: on parle souvent sur un ton si méprisants des cuisiniers que cela décourage bien des jeunes gens intelligents de se vouer à cette carrière.

Les parents même n'y pensent que comme un pis aller pour ceux qui auraient échoué à tous les examens et auraient été jugés incapables à toute carrière qui demande de l'intelligence. Les maîtres d'apprentissage s'en soucient du reste assez peu et ne s'inquiètent pas de ce qu'il en adviendra après. Ils trouvent assez de cuisiniers étrangers auxquels ils donnent volontier la préférence, vu que ceux qui apprennent chez eux ne peuvent devenir en général que des manœuvres. Et la plupart de ceux qui échappent à cette règle parlent à l'étranger et n'en reviennent presque jamais, parce qu'ils y sont plus appréciés.

Mais maintenant les temps changent; il viendra un moment où chaque pays aura besoin de son monde, et où l'étranger recherchera plus que jamais nos jeunes gens intelligents dont ils sauront bien se servir. C'est pourquoi il importe de s'en occuper et d'encourager ce métier et d'y attirer les jeunes gens intelligents en leur faisant prévoir pour l'avenir une carrière honorable et honorée, telle qu'elle devrait être si elle était comprise à sa valeur.

Mais il faut avant tout qu'elle soit chassée comme carrière libérale où tout jeune homme intelligent et ambitieux peut s'ouvrir un chemin où il sera rétribué selon ses mérites et son travail. Naturellement, il faut commencer par l'apprentissage qui doit être la clef de toute la carrière. Il faut que les apprentissages soient réglementés par une loi, qu'il se crée partout où c'est possible des écoles professionnelles, que les écoles comme les apprentissages soient contrôlés par une commission d'experts du métier qui puisse aussi être celle des examens. Il faut surtout qu'ils soient aptes à instruire leurs élèves et aussi qu'ils soient instruits conditionnellement et relativement aux notes d'examen de leurs apprentis.

C'est un moyen qui a déjà produit de bons résultats surtout si on encourage aussi l'apprenti par une prime, parce qu'il ne faut pas oublier qu'un apprenti donne beaucoup de peine au chef, surtout les premiers mois où il faut une attention de chaque moment, si on ne veut pas qu'il gaspille et abîme la marchandise, parce que si l'apprenti prend l'habitude de gaspiller, il gaspille tout sa vie, car routine rime facilement avec cuisine.

Et pour former de bons apprentis qui deviendront de bons ouvriers et plus tard de bons chefs, il faudrait intéresser les chefs non seulement aux primes des apprentis, mais surtout aux bénéfices de la cuisine. Tout le monde avec le temps y trouvera largement son compte, les apprentis en premier à qui le chef aura tout intérêt à inculquer les principes d'ordre, d'économie et de travail rationnel, afin d'éviter le gaspillage qui se produit trop souvent, surtout si on impose au chef, en place d'un aide, un apprenti qui n'aura aucune disposition pour le métier. Ce type d'apprenti là coûtera certainement à la maison par mois plus cher qu'il ne paiera pour tout son apprentissage, surtout si on fait ressortir, comme c'est souvent le cas, que la prime d'apprentissage doit compenser les dégâts occasionnés par son inexpérience. Ça lui donne en quelque sorte un droit de gaspiller, puisqu'il paye pour cela.

Au contraire, si le chef engage ses apprentis et qu'il soit intéressé aux bénéfices de la cuisine, il aura aussi intérêt à les choisir et à leur apprendre dès le commencement à travailler avec le sens de l'économie. Il leur apprendra surtout ce que doit être un apprenti pour devenir un bon cuisinier et plus tard un bon chef, chose que beaucoup ne comprennent pas même quand ils ont déjà quelques années de travail. Sitôt sortis d'apprentissage ils aspirent à être chefs pour profiter des avantages du titre, sans même le comprendre. Ils comprennent en général que le chef a le droit de choisir son travail et de laisser faire le reste aux autres sans aucune responsabilité pour lui-même; il pourra rentrer plus tard à la cuisine, sortir plus tôt, avoir peut-être du meilleur vin et davantage que les autres, surtout ne pas faire de garde.

Malheureusement c'est à ceux-là qu'on confie souvent les apprentis, qui n'apprennent rien de bien et coûteront à la maison plus cher qu'un bon ouvrier, parce que à celui-ci le soldisant chef commandera tout ce qu'il n'aime pas faire, même ce qu'il ne sait pas. Et, naturellement, si c'est trop mal fait, on n'ose pas servir, on essaie de recommencer, le client attend pour être mal servi, la maison paye et ce n'est là la faute à personne, puisque c'est l'apprenti qui l'a fait.

Malheureusement le cas n'est pas rare et se perpétuera aussi longtemps qu'il n'y aura pas une réglementation des apprentissages et qu'on confiera des jeunes gens aux premiers venus qui ont été attifés du titre de chef, qui

